

als Dialektik des Umschlags von außen nach innen, von Freizügigkeit zu innerer Freiheit gelebt werden. Das bedeutet: Die Sicherheitsfrage, die mit dem Entstehen technischer Systeme aus einer individualethischen zu einer sozialetischen geworden ist, weist doch in einen gemeinsam verantworteten individualethischen Kern zurück, ohne den die sozialetischen Fragen nicht zu lösen sind. Das individuelle sittliche Gewissen und die persönliche sittliche Entscheidung ist durch nichts zu ersetzen. Auch hier gibt es eine Dialektik der Gegenseitigkeit, die wir in einer Art von technischem Kollektivismus allzu sehr verkannt haben, der den Menschen eigentlich bloß noch als System und in Systemen sehen wollte. Nur wenn in der rechten *Prudentia* und *Sophrosyne* das Spannungsgefüge von Wagnis und Verantwortung, von Erweiterung des Lebens und Annehmen der Grenze und Verzichtfähigkeit zum grundlegenden Kanon unseres Tuns wird, können wir die Problematik des Fortschritts bewältigen.

Anders ausgedrückt: Man kann nie nehmen, ohne zu geben. Den Ausbau der technischen Möglichkeiten im richtigen Gleichtakt mit der Entwicklung der je den neuen Möglichkeiten entsprechenden Sicherheit zu entwickeln, kostet etwas und verlangt eine Bändigung des reinen Herrschafts- und Gebrauchswillens. Aber es geht bei der Bewältigung des Fortschritts und insofern bei dem damit verbundenen Problem der Sicherheit um mehr als um ein bloßes Kosten-Nutzen-Kalkül. Es geht darum, den sittlichen Gehalt menschlichen Herrschens über die Erde im Herrschaftswissen und Herrschaftstun selbst zur Geltung zu bringen: Fortschritt des Menschen liegt nicht im Mehr-Haben, sondern nur im Mehr-Sein; Fortschritt, der nur zum Mehr-Haben führt, ist kein Fortschritt. Fortschritt darf nie einfach im Sinn des materiellen Mehr und erst recht nicht im Sinn der ethischen Ungebundenheit verstanden werden; er muß verstanden werden im Sinn des besseren Dienstes der Menschen füreinander, der tieferen Kommunikation und der Freiwerdung zum Eigentlichen, die ihrem Wesen nach Freiwerdung zum Verzicht und Freiwerdung von bloß materiellem Anspruch ist. Befreiung vom Sittlichen ist nicht Befreiung, sondern Entsicherung der Kräfte der Zerstörung; die wahre Sicherheit und Freiheit des Menschen besteht in der Herrschaft des Ethos: Diese innere Sicherheit des Menschen lehrt ihn auch die Wege zur rechten Weise äußerer Sicherung, und sie gibt ihm die Urteilsfähigkeit im Spannungsfeld von Sicherheit und Offenheit für die neuen Ansprüche der Wirklichkeit an sein Leben.

Die Lage der Kirche in der ČSSR

Von Josef Rabas

I. Zur kirchenpolitischen Lage und Entwicklung

Im Januar 1980 fanden in Rom Gespräche einer Regierungsdelegation aus Prag mit den für die ČSSR zuständigen Beamten im Rat für öffentliche Angelegenheiten statt. Das Kommuniqué nach Abschluß der Gespräche war so nichtssagend wie die allermeisten vorher. Es scheint aber doch, daß die Prager Gesprächspartner, Hrůza von der Prager Zentrale der staatlichen Kirchenverwaltung, und Homola, Direktor des Kirchensekre-

tariates in Preßburg, gewisse Zusagen hinsichtlich der Ernennung von zwei bis drei Bischöfen gemacht haben. Jedenfalls, so will man wissen, herrschte im Vatikan eine hoffnungsvolle Stimmung. Auch eine Äußerung des für Kirchenfragen im Regierungspräsidium zuständigen Stellvertretenden Ministerpräsidenten Lúčan hat dieser Hoffnung keinen Abbruch getan. Doch es tat sich nichts; kirchliche Kreise in Prag warteten auf eine positive Äußerung der Regierung ebenso wie der Heilige Stuhl.

In der zweiten Aprilhälfte fand in Prag eine Sitzung des Erweiterten ZK der KPTsch statt. Der Chefideologe Vasil Bilák hielt das Hauptreferat. Darin kündigte er für das Jahr 1981 gewisse Änderungen in der Wirtschaftsplanung an, wandte sich aber doch hauptsächlich ideologischen Themen zu; die ideologische Arbeit der Partei wurde von ihm in auffallend betonter Weise gefordert. Fast hatte es den Anschein, daß dies geschah, um etwaigen Lockerungsversuchen des ideologischen Unterbaues der Partei im Zusammenhang mit der geplanten, weniger starren Wirtschaftsführung dadurch entgegenzutreten, um allen Anfängen einer Entwicklung, die 1968 zum »Prager Frühling« geführt hatte, die Grundlage zu entziehen. Es ist doch bemerkenswert, daß in letzter Zeit immer wieder auf die »Erkenntnisse aus den Erfahrungen der krisenhaften Entwicklung in Partei und Gesellschaft nach dem XIII. Parteikongreß« hingewiesen wird. (In Prag scheint man die alten Schemen zu fürchten, wird man sie nicht los.) Und während der Diskussion nach Biláks Hauptreferat konnte man eine bemerkenswerte Wahrnehmung machen. Unter den Diskussionsrednern war auch der eben erwähnte Stellvertretende Ministerpräsident Lúčan. Und er sprach etwas Ungewohntes und Unerwartetes aus: Er lobte die auf dem Staatsgebiet wirkenden Kirchen ob ihrer Friedensarbeit. So berichtete tags darauf das Prager Parteiblatt »Rudé právo«. Bei dieser Beobachtung muß mitbedacht bleiben, daß alle diese Diskussionsredner und ihre Diskussionsbeiträge von der Kongreßleitung bis in den genauen Wortlaut gesteuert sind. Und dann kam am übernächsten Tag noch eine zusätzliche Wahrnehmung. Während die entsprechende Ausgabe des »Rudé právo«, wie sonst immer üblich, den vollen Beitrag der Diskussionsredner brachte, war von Lúčans die Kirchen lobenden Worten nichts angeführt. Warum dieses alles? Sollte Lúčans lobender Hinweis die versammelten Größen auf einen Schritt der Parteiführung dem Heiligen Stuhl gegenüber, d. h. konkret auf das eine oder andere Zugeständnis der Kirche gegenüber vorbereiten, um sie nicht unvorbereitet und dann an der ideologischen Standfestigkeit der obersten Parteiführung zweifeln zu lassen? Doch warum erschien dann nicht auch Lúčans voller Diskussionsbeitrag in der Presse? Und schließlich fiel auf, daß das Blatt der Volkspartei selbst Lúčans lobende Anerkennung der Friedensarbeit der Kirchen vollständig verschwieg. Warum dies? Hat sich im ZK der Prager Parteileitung der antikirchlichere Kurs schließlich doch durchgesetzt? Ist aber eine solche Kursänderung über Nacht denkbar? Oder sollte Lúčan etwaige Möglichkeiten nur ganz kurz angedeutet haben, ohne ihre Realisierung als schon sicher bevorstehend erscheinen zu lassen? Eine gewisse Lockerung des angespannten Verhältnisses zwischen Staat und Kirche ließ auch das Bemühen der tschechoslowakischen Auslandsdiplomatie für wahrscheinlich erscheinen. Denn von dort wurde an mindestens einer fremden Auslandsvertretung eine Begründung für eine bevorstehende Lockerung des Staat-Kirche-Verhältnisses wohl absichtlich weitergegeben: Die Einstellung der Kirchen des Landes zum sozialistischen Staat hat sich gebessert; daher sei auch eine Änderung der Haltung des Staates den Kirchen gegenüber gerechtfertigt und angebracht; die fünfziger Jahre seien eben schon längst überwunden.

Dann kam in die eingetretene äußere Stille jener kurze, aber deutlich vernehmbare Paukenschlag des Papstes am 18. Mai 1980 während seiner kurzen Sonntagsansprache vom Fenster seines Arbeitszimmers aus: Der Papst sprach über seine Afrika-Reise. Dann jedoch änderte er abrupt, aber ebenso vorbereitet Thema und Adressaten seiner Worte. An diesem Tag begeht die Kirche das Andenken an den hl. Johann von Nepomuk, der in Treue zu seinem Gewissen und bei der Ausübung seines Amtes als Generalvikar des Prager Erzbischofs den unberechtigten Ansprüchen des böhmischen Königs Wenzel IV. Widerstand entgegensetzte und dafür nach grausamer Marter einen gewaltsamen Tod in den Fluten der Prager Moldau erlitt. Das Gedächtnis an diesen Sohn Böhmens und Märtyrer der Kirche benutzte Johannes Paul II., um die an jenem Sonntag auf dem Petersplatz versammelten Menschen, unter ihnen an die 20 000 Mitglieder der Focolare-Bewegung aus vielen Ländern unserer Erde, zum Gebet für die Christen in der ČSSR aufzufordern. Und der Papst wurde sehr deutlich: Er forderte für die Gläubigen der ČSSR volle Glaubensfreiheit, unbehinderten Zugang zum Priesterberuf und zum Ordensleben. Von einer Reaktion der Prager Machthaber wurde nichts bekannt. Ganz gewiß sind die offene Anklage und die konkreten Forderungen des Papstes in Prag mit Unwillen vernommen worden. Sollte die Prager Regierung – wie in Prag zu vernehmen war – wirklich im Päpstlichen Staatssekretariat Schritte gegen die Äußerungen des Papstes unternommen haben, so sind diese ganz gewiß nutzlos geblieben. Der Heilige Stuhl hat durch den Mund des Papstes offen die Verweigerung einer wirklichen Glaubensfreiheit angeprangert und konkrete Forderungen gestellt.

Der Schlüssel zu einem wirklichen Fortschritt scheint in Olmütz zu liegen. Es ist bekannt, daß der Heilige Stuhl anfangs 1978 in der Slowakei eine eigene Kirchenprovinz mit dem Metropolitansitz in Trnava (Tyrnau) errichtet hat. Es ist ferner bekannt, daß der dort seit März 1973 mit Genehmigung der Prager Regierung als Apostolischer Administrator amtierende Bischof Július Gábriš zum Erzbischof und Metropoliten vom Heiligen Stuhl ernannt werden sollte. Doch diese Absicht scheiterte daran, daß die Prager Regierung ihre Zustimmung dazu nur gegeben hätte, wenn zugleich der Heilige Stuhl auch den Olmützer Apostolischen Administrator Bischof Vrana – und dieser ist nur *ad nutum Sanctae Sedis* in diesem Amt, kann also kirchenrechtlich jederzeit und formlos abgesetzt werden – zum Erzbischof und damit zum mährischen Metropoliten ernennen würde. Dazu glaubte sich jedoch der Heilige Stuhl mit Rücksicht auf Vranas enge Bindung – ihm vor seiner Bischofsweihe anfangs März 1973 ausdrücklich untersagte Bindung – an die Priestervereinigung »Pacem in terris« nicht in der Lage.

Aber nicht dieses Verlangen der Prager Regierung allein hindert jede Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat in der ČSSR. Es ist die dahinterstehende intransigente Einstellung der Prager Parteiführung, die trotz der oftmals vom Heiligen Stuhl vorgetragenen Forderungen hinsichtlich lebenswichtiger Anliegen einer kirchlichen Wirksamkeit und einer echten Gleichberechtigung gläubiger Bürger zu keinem Zugeständnis bereit ist. Die Kirche ist weiterhin in ihrer Wirksamkeit behindert, die Orden immer noch gewaltsam ohne Rechtsgrundlage liquidiert, der Religionsunterricht fast vollständig unmöglich gemacht, der Zugang zum Priesterberuf erschwert, alle Äußerungen christlichen Glaubens außerhalb der Gottesdienste als Verbrechen geahndet, die Gläubigen religiös auf Hungerrationen gesetzt – und dabei wird lautstark auf die in der Verfassung tatsächlich zugesicherte, aber im konkreten Leben verweigerte Glaubensfreiheit hingewiesen. Und infolge dieser intransigenten Haltung der Prager

Partei- und Staatsführung und eines trotz aller verbalen Hinweise auf die in der Verfassung garantierte Glaubensfreiheit offen als solchen deklarierten Vernichtungsfeldzuges gegen Glaube, Kirche, Religiosität kann es einen wirklichen Frieden auch in der ČSSR nicht geben. Der Heilige Stuhl fordert für die katholische Kirche im Lande keine Privilegien, sondern die Freiheit und Möglichkeit ihrer Existenz und ihrer rein religiös-seelsorglichen Arbeit und für gläubige Bürger gleichberechtigten Zugang zu Staat und Gesellschaft sowie unbehinderte passive und auch aktive Teilnahme am kulturellen Leben: gleiche Rechte und Pflichten für Christen wie für Atheisten. Darauf aber einzugehen hat sich die Prager Parteiführung bisher hartnäckig geweigert.

Wenn das Prager Barometer die kirchenpolitische Wetterlage richtig angezeigt hat – und dem scheint so wirklich gewesen zu sein –, dann wäre Prag zu weiteren Gesprächen bereit gewesen oder sogar immer noch bereit. Doch dürfte die neue Schrittart der sogenannten Ostpolitik des Heiligen Stuhls mit vollem Recht hier vor einer Wiederaufnahme von Gesprächen konkrete Vorschläge Prags erwartet haben. Und auch in Rom war man zu einem neuen – dem wievielten – Anfang bereit; es gab ja keine Fortsetzungen, sondern immer wieder stand man dort, wo vorher schon begonnen worden war. Es scheint, daß der Heilige Stuhl auf inoffiziellem Weg durch einen seiner Beamten nach einer Möglichkeit im Lande selbst suchen lassen wollte; in kirchlichen Kreisen Prags hat man vergeblich auf diesen Mann gewartet, wohl deshalb, weil Prag abgewunken hat. So konnte die »Frankfurter Allgemeine Zeitung« am 11. 2. 1981 einem langen Beitrag über die Kirche in der CSSR die Überschrift geben: Zwischen dem Vatikan und Prag geht nichts voran.

Daran hat der überraschende Besuch des Sonder-Nuntius des Heiligen Stuhls, des Erzbischofs Poggi, und seines Fachreferenten P. Bukovský in der zweiten Dezemberhälfte 1980 nichts geändert. Der Besuch war ebenso kurz wie ergebnislos.

Rätselraten verursachte, daß der im April 1950 insgeheim geweihte und dann zum Apostolischen Administrator von Königgrätz (Hradec Králove) ernannte Bischof Otčenášek, der jedoch von der Regierung nicht anerkannt wird und die Pfarrstelle in Türmitz bei Aussig in der Diözese Leitmeritz zugewiesen erhielt, plötzlich Anfang des Jahres nach Rom reisen durfte. Man war und ist sich bis heute nicht im klaren, was diese genehmigte Reise zu bedeuten hatte. Es wäre eine beinahe zu große Überraschung, wenn die Prager Parteiführung damit eine Öffnung signalisieren wollte; aber ganz bedeutungslos scheint der Vorfall doch nicht zu sein.

Bedeutungsvoller und schwerwiegender ist jedoch die Einladung des Olmützer Administrators, Bischof Vrana, zu einer Vorsprache in der römischen Kurie; manche sprachen von einer Zitierung, nicht von einer Einladung; in Wirklichkeit dürfte es eine Zitierung in der höflichen Form einer Einladung gewesen sein. Bischof Vrana, selbst der italienischen Sprache nicht mächtig wie auch der römischen Atmosphäre fremd, nahm sich als Begleiter den Prager Generalvikar Vaněk mit. Dabei fiel auf, daß Bischof Vrana an einem Montag in Rom ankam und am Freitag bereits den Rückflug antreten wollte, dann jedoch im Vatikan den Auftrag erhielt, seinen Aufenthalt zu verlängern. Am Freitag, dem 13. Februar, flog er zurück, und tags darauf feierte der Papst in Konzelebration mit zumeist slawischen Bischöfen einen feierlichen Gottesdienst aus Anlaß des Gedächtnisses der beiden heiligen Slawen-Lehrer (oder auch Slawen-Apostel) Cyrill und Method, nun auch Mitpatrone Europas, in der römischen Grabeskirche des hl. Cyrill in S. Clemente. Es mußte befremden, daß der Bischof von Olmütz, in dessen

Metropole der von den tschechischen Katholiken als Amtssitz des hl. Method viel besuchte Wallfahrtsort Velehrad liegt, am Tag vorher Rom verlassen hat. War Bischof Vrana nicht zur Konzelebration eingeladen? Oder brachte ihm der römische Aufenthalt sowenig Erfreuliches ein? Aus mit Prag verbundenen Quellen war zu vernehmen, daß Bischof Vrana bei seinen Vorsprachen im Rat für öffentliche Angelegenheiten sehr ernste Worte und Vorhaltungen zu hören bekommen hat. Dabei dürfte auch in Rom bekannt sein, daß Bischof Vrana die äußere Verwaltung der großen Diözese sehr gut führt wie auch seine zahlreichen Besuche in den Pfarrgemeinden sicher keinen Anlaß zu Klagen geben konnten. Aber es ist die enge Bindung an die vollständig vom Kirchensekretariat und damit von der Prager Parteizentrale abhängige und ganz im Dienst eines sozialistischen Aufbaus der Gesellschaft stehende Priestervereinigung »Pacem in terris«, die höchstwahrscheinlich Anlaß zu Vorhaltungen gegeben hat. Rom hat vor seiner Bischofs-Ernennung die Lösung von dieser Vereinigung gefordert; in Wirklichkeit ist diese Zusage nicht erfüllt worden.

Das derzeitige kirchenpolitische Klima schlägt sich auch in der Parteipresse der ČSSR nieder, und zwar in einer doppelten Weise: in Polemiken und Attacken gegen den Papst selbst und in Angriffen gegen einen angeblich neuerwachten »Klerikalismus«, das neueste und doch so alte Gespenst für die kirchenfeindliche Propaganda.

An der Person des Papstes mißfällt der Prager Parteizentrale dessen Eintreten für die Menschenrechte, seine Forderung nach wirklicher Glaubensfreiheit und eine wiederaufgenommene Betonung der katholischen Soziallehre; auch eine Verzerrung des Atheismus und seine antirevolutionären Tendenzen werden angegrangert.

Die zweite Breitseite nimmt einen angeblich neu erwachten und auch vom Papst gestützten »Klerikalismus« ins Visier. Das slowakische Parteiblatt »Pravda« vom 29. 12. 1980 machte damit einen neuen Anfang, andere Blätter leisten – bis in die letzten Tage hinein – Schützenhilfe.

Wird diese Prager Großwetterlage nochmals überblickt, so zeichnet sich kein Hoffnungsschimmer für die so hart bedrängte Lage der Kirche dieses Landes und ihrer gläubigen Menschen ab; die Partei ist nicht bereit, einen wirklichen Frei-Raum für kirchlich-religiöses Leben und persönliche Glaubensverwirklichung ohne Behinderung und ohne Benachteiligung zu schaffen.

II. Unerwarteter Aufbruch

Angesichts dieser so hart bedrängten Lage der Kirche in der ČSSR, die nun schon 33 Jahre andauert, wäre es durchaus verständlich, wenn Resignation bis zur Aufgabe aller Hoffnung und Zuversicht Gläubige und Klerus ergriffen hätte. Seit 18 Jahren bemüht sich der Heilige Stuhl um eine Erleichterung in dieser bedrückenden Glaubensnot so vieler Menschen; er ist bis an die Grenzen des Zumutbaren und irgendwie noch Vertretbaren gegangen, um der Kirche dort wenigstens ein beschränktes Lebensrecht zu sichern, die Möglichkeit zu haben, die christliche Botschaft zu verkünden und den Gläubigen christlichen Glaubensvollzug ohne Behinderung im Beruf und ohne Diskriminierung im gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Der Heilige Stuhl nahm Täuschungen und Enttäuschungen hin, doch er ließ nicht ab von seinen Bemühungen, fand sich immer wieder bereit, Gespräche aufzunehmen, er machte seine Vorschläge, erhob auch Forderungen, doch es gelang kein Durchbruch; die Bischofsernennungen

Anfang 1973 erwiesen sich als ein einmaliges – und teuer erkauftes – Ereignis, die erst mühselig erhaltene Zustimmung Prags zur Ernennung des Prager Kardinals zum Prager Erzbischof konnte nur durch Rücksichtnahme Prags auf das Ausland erreicht werden. Sonst hat sich fast nichts gebessert, im Gegenteil. Und der Druck auf die Kirche und ihre Gläubigen nahm nicht ab, die Behinderung kirchlich-religiösen Lebens nahm nach 1970 wieder zu und hat sich in letzter Zeit noch verstärkt.

Unerwartet und überraschend ist dann jedoch aus lebendigen Kreisen gläubiger Menschen, Laien und Priestern, eine Gegenströmung entstanden gegen alle Unterdrückung und Behinderung, die sich heute in einer dreifachen Richtung bemerkbar macht. Diese Gegenströmung mag angeregt und ermutigt worden sein durch eine ähnliche Bewegung auf der politischen Seite des öffentlichen Lebens in der ČSSR, der Bürgerrechtsbewegung, die mit ihrer Charta '77 zuerst sich offen zu den Menschen- und Bürgerrechten bekannt hat; auch die Schlußerklärung der KFZE-Konferenz von Helsinki sowie die beiden Internationalen Pakte über bürgerliche und politische Rechte aus dem Jahre 1976 haben diese Strömung entstehen lassen. Aber sie entstand doch aus der Kraft des eigenen religiösen Glaubens und bezieht sich ausschließlich auf den kirchlich-religiösen Bereich, wendet sich weder gegen den kommunistischen Staat noch gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung, wohl aber ganz entschieden gegen die verweigerte Glaubensfreiheit, gegen die Diskriminierung gläubiger Menschen, gegen alle Behinderungs- und Unterdrückungsmaßnahmen kirchlich-religiösen Lebens in ihrem Land.

Tschechische und slowakische Katholiken schweigen nicht mehr, sie treten offen für ihren Glauben ein, fordern Glaubensfreiheit und weisen Unterdrückungsmaßnahmen mutig zurück. Es ist ein Aufbruch von unten, von der Basis her, wie er insbesondere bei tschechischen Katholiken überraschen muß, die bisher gegen religiöse Unterdrückung sich zu wehren nicht gewohnt waren, wenn von der kurzen Zeit nach dem Ersten Weltkrieg abgesehen wird, wo übrigens der Ansturm der damals gegründeten tschechischen Nationalkirche sich nie so schlimm und hart ausgewirkt hat wie der Kampf des kommunistischen Atheismus seit 1948.

In Beschwerden und Eingaben ganzer Gruppen wie auch einzelner an den Staatspräsidenten, an das Parlament, an Gerichte und Polizei, aber auch an den einen oder anderen der Priestervereinigung wenden sie sich mit Vorschlägen und auch Forderungen. Diese Abwehr kommt aus allen Schichten der Bevölkerung, von mutigen Laien ebenso wie von nicht weniger tapferen Priestern und Ordenspersonen, von Wissenschaftlern und Arbeitern.

Am deutlichsten gibt von dieser Entwicklung eine Petition aus Kremsier, dem mährischen Kroměříž Zeugnis. Dort haben bereits 1977 mutige Gläubige, Männer und Frauen, alle ihre Klagen, aber auch ihre Forderungen zusammengefaßt und diese Petition an den zuständigen Ortsbischof, den Bistumsverwalter von Olmütz, Bischof Vrana, und an den Prager Kardinal Tomášek mit der Bitte übersandt, das Schriftstück den zuständigen staatlichen Stellen zuzuleiten. Bischof Vrana hat das Schriftstück wortlos zurückgesandt, Kardinal Tomášek hat sich in einer schriftlichen Erklärung an das Berufungsgericht in Brünn hinter diese Petition gestellt. Offen prangern sie an, was ihnen als gläubigen Bürgern widerfährt: »Bisher wurden wir systematisch verletzt, verdächtigt, diskriminiert und aus den verschiedensten Stellungen im Leben ausgestoßen.« Zwei der Initiatoren wurden verurteilt, der eine zu einer mehrmonatlichen

Freiheitsstrafe, der andere, der bisher gesund genug war, um als Weichensteller bei der tschechoslowakischen Eisenbahn seinen Dienst zu tun, zu einer »psychiatrischen« Behandlung; beide wurden als rechtsunfähig für Eingaben an staatliche Behörden erklärt.

Gläubige aus dem mittelböhmischen Rožmitál protestieren in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Dr. Husák gegen die Amtsenthebung ihres Seelsorgers, die ohne Angabe von Gründen kurzfristig ausgesprochen wurde; der amtsenthobene Priester mußte dann eine Arbeit als Fensterputzer in Prag antreten. In ihrem Protestschreiben an den Staatspräsidenten fragen sie: »Ist es ein Verbrechen, Christ zu sein oder nicht, und ist das wahr, was wir von offiziellen Stellen hören oder setzen jene ihren Willen durch, die sich vielleicht nach anderen Vorschriften halten?« Sie verweisen auf ihren Beitrag zum Aufbau des Landes und fügen hinzu: »Zudem sind wir keineswegs ein zahlenmäßig zu übersehender Teil der Bevölkerung.«

Vor Gericht geht P. Formánek in seinem Schlußwort zum Gegenangriff über: »Wer die Gesetze der ČSSR nicht beachtet, bin nicht ich. Wer Gläubige aufgewiegelt hat, war nicht ich und auch nicht die mitangeklagte Maria Kožnarová, sondern jene, die uns verhört haben . . . «

Der Ordensobere der tschechischen Franziskaner in Böhmen und Mähren, P. Zlámal, wurde im Herbst 1980 wieder einmal zu einem Polizeiverhör vorgeladen; er weigert sich und rechtfertigt seine Weigerung in einem Schreiben an die Staatspolizei: »Ich habe 9½ Jahre Gefängnis hinter mir und weiß daher Bescheid über qualifizierte Verbrechen gegen die Menschlichkeit; ich rede nicht nur so daher . . . in der Internierung hing ich an einem Seil, wurde gewürgt und hatte den Revolver auf der Brust. Von diesem Augenblick an sind meine Haare grau!«

Bei einem gläubigen Wissenschaftler, Dipl.-Ing. Jiří Kaplan, wurden im Herbst 1979 anlässlich einer Hausdurchsuchung 377 Bücher, zumeist religiösen und theologischen Inhalts beschlagnahmt, er selbst verhaftet und angeklagt. Seine Gattin, Maria Kaplanová, wendet sich in einem Schreiben an den Staatspräsidenten Dr. Husák. »Bei dieser Gelegenheit – so schreibt sie – kann ich es nicht unterlassen, daran zu erinnern, wie die Kirche kritisiert und verurteilt wurde, als vor einigen Jahrhunderten »unerwünschte und unerlaubte« Bücher verbrannt worden waren. Heute leben wir aber im zwanzigsten Jahrhundert. Damals war das Verzeichnis der sogenannten »Verbotenen Bücher« bekannt. Soviel ich weiß, wurde in unserer Gesellschaft kein solches Verzeichnis veröffentlicht. Und doch erfährt man plötzlich, daß eine sogenannte »anstößige Literatur« existiert, und nach dem Verzeichnis der bei uns konfiszierten Bücher kann man also schließen, daß es die christliche Literatur ist . . . « Nachdem Frau Kaplanová den Staatspräsidenten an seine eigene Kerkerhaft erinnert hat, schreibt sie: »Für die Wahrheit haben die Menschen gelitten, und sie werden leiden. Aber keine Macht, weder Gewalt noch ein System werden sie totsichweigen.«

In einem Schreiben vom 27. 4. 1980 an das Prager Parlament schildert der bereits so oft verhörte und bestrafte Bischof Korec das Schicksal gläubiger Menschen in der ČSSR. »Für Hunderttausende von Gläubigen ist es deshalb peinlich, wenn ihnen jemand in der Schule oder im Beruf Bitternis nur deshalb bereitet, weil sie um nichts in der Welt ohne Gott und seinen Segen leben wollen.« Und er fährt fort: »Die Freiheit, so aus der Wahrheit über Gott zu leben und sie zu bezeugen, gehört zu den grundlegenden Rechten des Menschen, und in ihr sind auch alle seine anderen Rechte enthalten.«

Wie sich gläubige Menschen gegen jene Kräfte wehren, die – gemeint ist die regimehörige Priestervereinigung – innerhalb der Kirche selbst den Zielsetzungen einer atheistischen Parteiführung zuarbeiten, ist aus einem Schreiben einer gläubigen Frau, Maria Ruth Krížková, ersichtlich, zunächst Literaturhistorikerin und dann zur Forstarbeiterin degradiert, weil sie, die gläubige Christin, sich zu einer Agentenarbeit nicht hergab. In ihrem Brief an den Vorsitzenden der Priestervereinigung, für den die Kirche des Landes volle Freiheit genießt, richtet sie die Frage: »Sie schreiben von der Religionsfreiheit bei uns. Darf ich fragen: Sprechen Sie da für jene tschechischen und slowakischen Priester, denen die staatliche Genehmigung zur Ausübung der geistlichen Tätigkeit entzogen worden ist oder die diese Genehmigung nie erhalten haben? Sprechen Sie für die Gläubigen, die ob ihres Glaubens eine qualifizierte berufliche Betätigung verloren haben? Sprechen Sie für die jungen Menschen, denen deshalb, weil sie in der neunklassigen Grundschule den Religionsunterricht besucht haben oder an Sonntagen mit den Eltern in die Kirche gegangen sind, ein Studium unmöglich gemacht worden ist? Sprechen Sie für unsere Kinder, die von frühester Kindheit an in der Kinderkrippe oder im Kindergarten einer atheistischen Propaganda ausgesetzt sind?«

Aber nicht nur Klagen und Anklagen bringen diese Menschen heute in der ČSSR vor. Sie machen auch konkrete Vorschläge, die sich durchaus im Rahmen der in ihrem Lande eingeführten Gesellschaftsordnung bewegen.

Der promovierte Philosoph Dr. Benda, der keine Gelegenheit zur Betätigung in seinem Beruf erhielt und daher noch Mathematik studierte, aber trotzdem arbeitslos und dann noch wegen seines Eintretens für die Menschenrechte zu einer Haftstrafe verurteilt wurde, ist ein Vertreter der jungen katholischen Intelligenz, als deren markanteste Gestalt er angesehen wird. In einer selbstkritischen Zeitanalyse spricht er voller Zuversicht von der Sendung der Christen des Ostblocks, einen »Ausweg aus der weltweiten politischen Krise anzubieten«. Er sieht die Aufgabe auch der Kirche seines Landes: »Ich bin fest überzeugt, daß gerade die Kirchen Osteuropas jetzt dazu berufen sind, ein entscheidendes Wort auszusprechen, das die allgemeine Kirche aus ihrem gegenwärtigen gespannten und zaudernden Zustand herausführen wird.« Und Dr. Benda sieht sich durch die Wahl eines polnischen Papstes bestätigt. »Das einzige, was uns retten kann« – so schreibt Dr. Benda in seiner Studie – »sehe ich im ›Weg zurück zu den Quellen«, um eine neue Gemeinschaft aufzubauen«; das ist für ihn »eine weltweite realistische Hoffnung«.

Wie Dr. Bendas Studie blieb auch eine andere, nicht weniger tiefe Abhandlung des Prager Theologen Dr. Zvěřina im Lande selbst unveröffentlicht, zirkulierte jedoch als Samisdat. Er sieht die tiefere Wurzel des gnadenlosen Kampfes auch gegen Religion, Glaube und Kirche im Haß. Ihn zu überwinden gilt ihm, der seit Jahren mutig für Religions- und Glaubensfreiheit eintritt, als nun wichtigste Aufgabe. Er geht den Wurzeln dieses Hasses nach. Dabei bekennt er freimütig: Es gab da die grauenhafte Schule des Nazismus, die Grausamkeit des Krieges. Beim eigenen Volk sieht er Haß »in einem größeren Ausmaß« erst »in der Bestialität den Deutschen gegenüber . . . dann an den Kollaboranten, dann wurde der Haß auf die ideologischen Widersacher übertragen, dann auf die politischen Widersacher . . .« Und er kommt zu dem Schluß: »Liebe kann alles, sie überwindet auch den Haß. Und sie allein!«

Hier wird ersichtlich, wie Widerspruch zur verweigerten Glaubensfreiheit aus dem gesellschaftlichen und kirchenpolitischen Bereich hinaufgehoben wird auf eine sittliche

Ebene. Noch deutlicher wird dies durch verschiedene rein religiös-sittliche Aktivitäten: durch Fasten und Gebet vieler einzelner, geeint durch gemeinsamen christlichen Glauben. In einem Aufruf heißt es: »Während langer Jahre, und keineswegs ohne unsere Schuld, nimmt die allgemein bekannte Lage ihren Lauf, in der Gläubige wegen ihrer Überzeugung verfolgt, Geistliche zahlenmäßig verringert und der Möglichkeit einer Ausübung ihres priesterlichen Berufes enthoben, Erwachsene, Jugendliche und Kinder der Gelegenheit beraubt sind, ihr Wissen im Bereich des christlichen Glaubens zu erweitern; wo sogar Geistliche und Laien in diesem Zusammenhang strafrechtlich verfolgt werden . . . Um Kraft und Mut zu gewinnen, allen Verfolgten nahe zu sein, um Schwäche und Angst zu überwinden und das Licht der ewigen Liebe und der alles übersteigenden Hoffnung zu verbreiten, werden wir uns in einem dreißigstündigen Fasten zu stärken suchen.« Dieser Aufruf zu einem österlichen Fasten vom 12. April 1979, von 116 Personen unterschrieben, blieb nicht der einzige; es folgten ihm andere; Hunderte von Gläubigen haben sich ihm angeschlossen. Hier haben wir einen Aufbruch aus tieferen Quellen zu einem anderen Ufer zu verzeichnen.

Der kommunistische Staat gestattet es der Kirche, die – wie es im Parteijargon heißt – »religiösen Bedürfnisse gläubiger Bürger zu befriedigen«. Es ist die einzige Aufgabe, die den Kirchen und Religionsgemeinschaften zu erfüllen erlaubt ist. Diese »Befriedigung« erfolgt ausschließlich in »Kulthandlungen«, diese jedoch nur im Rahmen, den dafür die staatlichen Kirchensekretäre genehmigen, die auch die »religiösen Bedürfnisse« selbst festlegen. Darüber hinaus sind nur kirchliche Trauungen, Taufe und Firmung sowie kirchliche Beerdigungen noch gestattet. Alle diese kirchlichen Aktivitäten werden jedoch mit allen Mitteln zu verhindern gesucht. Eine eigene öffentliche Körperschaft für zivile Angelegenheiten hat die Aufgabe, diese Äußerungen christlicher Einstellung durch – wie es ausdrücklich heißt – »sozialistische Riten zu ersetzen«. Was darüber hinausgeht, ist verboten. Mit dieser von atheistischen Funktionären festgelegten Norm können sich viele gläubige Menschen nicht zufriedengeben. Geistliche Übungen, gemeinsame Bibellesung, Schrift-Meditation, Gesprächs-Runden über religiöse und sittliche Fragen, Zusammenkünfte mit Gleichgesinnten, Vorbereitungs-Kurse auf eine christliche Ehe – das alles ist verboten, gilt als Vergehen gegen die sozialistische Rechtsordnung, wird gerichtlich geahndet.

Mit diesem faktischen Zustand geben sich nun insbesondere Jugendliche, aber auch junge Familien aus allen Schichten der Bevölkerung, insbesondere Studenten, aber auch junge Arbeiter und Jung-Akademiker nicht mehr zufrieden. Sie wissen die beiden Internationalen Pakte über kulturelle und andere Rechte auf ihrer Seite, haben doch diese Abkommen in ihrem Land Gesetzeskraft erhalten. Und so fühlen sie sich berechtigt, insgeheim die ihnen vorenthaltene geistliche Nahrung zu suchen. In privaten Zusammenkünften wie auch bei Wanderungen am Wochenende, während eines Zeltlagers oder eines Ski-Aufenthaltes auf einer Berghütte, wo immer ihnen eine Gelegenheit oder Möglichkeit sich bietet, finden Menschen sich zusammen. Oft ist ein Priester dabei, dem die staatliche Genehmigung entzogen oder nie erteilt wurde, bisweilen macht auch ein Seelsorger selbst mit. Bibellesung, Meditation, Gebet und Gespräche bilden den Inhalt.

Wer daran teilnimmt, muß bereit sein, Verhöre, Drohungen, Meldung an den Arbeitgeber und dergleichen mehr auf sich zu nehmen – bis zur Behinderung in Schule und Beruf, bisweilen auch bis zur gerichtlichen Ahndung. Und ein Priester, der dabei

gestellt wird, wird immer wegen »Verhinderung der staatlichen Aufsicht über die Kirchen« vor Gericht gestellt und verurteilt.

Der Mangel an geistlicher Nahrung für gläubige Menschen in der heutigen ČSSR läßt sich schon lange nicht mehr übersehen; er ist zu einem wirklichen Notstand geworden.

Es besteht wohl ein vom Staat eingerichteter und kontrollierter Kirchlicher Verlag, der jedoch mit der Kirche nichts zu tun hat, wie auch die katholische Caritas ein staatliches Unternehmen unter kirchlicher Flagge darstellt, in die dieser Verlag eingegliedert ist. Was da an Veröffentlichungen für das gläubige Kirchenvolk erscheint, ist qualitativ und quantitativ unzureichend. Die beiden katholischen Zeitungen, eine tschechische in Prag und eine slowakische in Preßburg, sind nichtssagend oder voller Propaganda im Sinne der total regimehörigen Priestervereinigung; eine Hilfe in der großen Glaubensnot bieten sie den Gläubigen nicht. Sonstige Veröffentlichungen dieses sogenannten Kirchlichen Verlages sind kaum erwähnenswert.

Diesen Hintergrund muß man sehen, um zu verstehen, warum beherzte Priester und Laien gerade in letzter Zeit eine Notlösung gesucht und gewagt haben. Samisdat-Schriften erschienen öfters, und es gelang sogar, eine Möglichkeit zu umfangreicheren Publikationen zu schaffen; das nötige Gerät und Material wurde besorgt, und so begab man sich an die Arbeit. Eine großangelegte Polizeiaktion am 10. 9. 1979 machte diesen Bemühungen um geistliche Nahrung ein Ende. Von Prag über Reichenberg – Mährisch Ostrau – Olmütz – Brünn – Preßburg bis weiter in die Slowakei gab es Hausdurchsuchungen, Verhöre und auch einige Verhaftungen. Der Gerichtsprozeß gegen sechs Angeklagte fand im September 1981 in Olmütz statt. Was an religiöser Literatur und Druckgerät gefunden wurde, verfiel der Beschlagnahme.

Büchersendungen religiösen und theologischen Inhalts sind z. B. aus Rom fast nicht mehr möglich, aus anderen Ländern wird leichter eine Sendung dem Empfänger zugestellt.

In dieser Notlage haben Christen begonnen sich zu wehren. Und man kann mit Sicherheit annehmen, daß sie durch Polizeiaktionen und Gerichtsurteile von weiteren Versuchen der Selbsterhaltung nicht ablassen werden.

Das muß auch von den insgeheim erteilten Priesterweihen gesagt werden. Parteiführung, Polizei und Kirchensekretariat ist heute sehr gut bekannt, daß junge Menschen neben ihrem Beruf insgeheim eine theologische Ausbildung durch einige Priester erhalten und dann ebenso geheim zu Priestern geweiht werden; insbesondere sorgen auf diese Weise die vom Staat ohne jegliche rechtliche Grundlage 1950 mit Gewalt liquidierten Ordensgemeinschaften für die Zukunft ihrer Gemeinschaften im Lande. Die bereits erwähnte »Pravda« vom 29. Dezember 1980 verbreitet sich darüber in einem sehr langen Beitrag. Die Frage ist berechtigt: Wer erteilt diese geheimen Priesterweihen? Sicher ein Bischof, wohl kaum einer der mit staatlicher Genehmigung amtierenden Bischöfe; das wäre mehr als unklug. In einer der letzten Nummern des Katholischen Informationsdienstes erwähnt Hansjakob Stehle einen geheim geweihten Bischof. Diesen Bischof gibt es – und wenn wir dem Blatt der kommunistischen Partei der Slowakei glauben, ist dieser Bischof nicht der einzige im Lande. Es ist aber durchaus möglich, daß diese geheimen Priesterweihen im erreichbaren Ausland erteilt wurden und werden. Darüber jedoch zu sprechen ist nicht angebracht.

Gibt es also eine »geheime Kirche«, eine »Untergrundkirche«? Wenn darunter eine eigene Gruppe kleineren oder größeren Ausmaßes neben oder gar gegen die zugelassene

Kirche verstanden wird, dann kann man von einer »geheimen Kirche« nicht sprechen. In der ČSSR gibt es eine deutlich sichtbare Kirche, die unterdrückt, behindert und manipuliert wird. Und eben weil dem so ist, nehmen sich Gläubige das ihnen durch Gesetze des eigenen Landes und internationale Abkommen zustehende Recht auf einen geheimen Vollzug ihrer christlichen Gläubigkeit. Das hat nichts zu tun mit Antisozialismus, mit staatsfeindlicher Einstellung und Ablehnung einer sozialistischen Gesellschaftsordnung, das hat aber ebenso sicher etwas zu tun mit Glaubensfreiheit. Der Prager und Preßburger kommunistischen Parteiführung wäre es ein leichtes, diese geheimen Ausdrucks- und Betätigungsweisen zu verhindern, indem sie diese nicht verbieten und verfolgen. Es gibt in der ČSSR keine »geheimen Kirche«, es gibt aus der Not der Unterdrückung geheime Glaubensvollzüge und eine geheime religiöse Betätigung hungriger und suchender Mitglieder dieser sichtbaren Kirche. Diese Menschen, die sich zu geheim durchgeführten religiösen Veranstaltungen irgendwo versammeln, die insgeheim Priester oder Mitglied einer Ordensgemeinschaft werden, wollen keine »Untergrundkirche«, keine »geheimen Kirche« sein. Sie wissen sich als Glieder der Kirche des Landes, nur suchen sie die ihnen parteiamtlich zugesicherte »Befriedigung religiöser Bedürfnisse« dann und dort, wann und wo ihnen diese sogenannte »Befriedigung« verhindert wird. Nur weil ihnen eine dem Atheismus verschworene Parteiführung die Verwirklichung ihres persönlichen Glaubens in aller Offenheit verwehrt, sehen sie sich gezwungen, insgeheim ihre christliche Überzeugung lebendig zu erhalten. Aber mit der gleichen Entschiedenheit wissen sie sich als Glieder ihrer leidenden und unterdrückten Kirche, an deren eingegengtem Leben sie voll teilnehmen.

III. Die Priestervereinigung

Wo immer die gegenwärtige Situation der Kirche in der ČSSR in den Blick genommen wird, darf nicht von der Vereinigung katholischer Geistlicher »Pacem in terris« der Tschechoslowakei abgesehen werden.

Um diese Aussage zu unterstreichen und zu erhärten, sei in gebotener Kürze einiges über die Entstehung dieser Vereinigung gesagt. Sie ist im Spätsommer 1971 aus einem älteren Erbe entstanden, nämlich aus der Friedensbewegung katholischer Geistlicher, die im Frühjahr 1968 vom Klerus zur Selbstauflösung gezwungen worden war. Sie wurde auf Drängen des Prager Kirchensekretariates gegründet als eine Institution, mit deren Hilfe die Führung der kommunistischen Partei des Landes wiederum, wie vor 1968, ihren Einfluß auf den Klerus und über diesen auf das gesamte kirchliche Leben zurückgewonnen hat. Dabei haben einige tschechische und slowakische katholische Geistliche Helfersdienste geleistet.

In den Statuten der Vereinigung werden drei Betätigungsfelder genannt, denen sich diese Priestervereinigung zu widmen gedenkt: 1. Selbst mitzuarbeiten am Aufbau der sozialistischen Gesellschaft und auch die Gläubigen für diesen Aufbau zu gewinnen; 2. den Frieden unter den Völkern zu erhalten und zu sichern, sowie 3. im berufsständischen Bereich tätig zu werden.

Dazu seien drei Anmerkungen angebracht: 1. So richtig es ist, daß gläubige Menschen auch in einer sozialistischen Gesellschaft die Pflichten als Bürger dieser Gesellschaft in Beruf und öffentlichem Leben zu erfüllen und zum Wohl aller beizutragen haben, so muß der Führung der Priestervereinigung doch vorgehalten werden, daß sie sich dabei

unkritisch, erstrangig und ausschließlich an das Programm der von der kommunistischen Partei beherrschten und geleiteten Nationalen Front gebunden hat; nirgendwo versucht sie einen eigenen Beitrag aus dem Geiste des Evangeliums und aus der Soziallehre der Kirche auch nur andeutungsweise einzubringen. Sie dient dem Aufbau des Sozialismus nach der Interpretation der kommunistischen Partei. Dabei mißbraucht sie kirchliche Dokumente, die sie selektiv zitiert und eigenwillig interpretiert. Eine zweite Anmerkung bezieht sich auf die von ihr übernommene Friedensarbeit. Hier steht die Priestervereinigung ausschließlich und unkritisch im Dienst der sowjetrussischen Friedenspropaganda. Der dritte Arbeitsbereich, nämlich der berufsständischen Arbeit, ist auf Urlaubsermöglichung und Vermittlung von Heilverfahren für Geistliche, Ordensschwwestern und Pfarrhaushälterinnen begrenzt. Eine wirkliche Hilfe auf Grund theologischer und pastoraler Reflexionen ist von der Priestervereinigung noch nie geboten worden. Und was in den beiden katholischen Zeitungen, die von der Priestervereinigung redigiert werden, gläubigen Menschen in ihrer Glaubensnot innerhalb einer dem Atheismus zugeführten Gesellschaft geboten wird, ist erbärmlich wenig.

Das Motto dieser Priestervereinigung lautet: »Dienen und helfen«. Doch hat sie bisher weder der Kirche noch den Mitbrüdern und Gläubigen oder den liquidierten Ordensgemeinschaften eine wirkliche Hilfe erbracht. Sie dient dem Sozialismus, nicht aber der Kirche. Oftmals bekundet sie ferner ihre Mithilfe zur Verbesserung des Verhältnisses zwischen Kirche und Staat, stellt dabei jedoch die Interessen der Partei- und Staatsführung vor die Anliegen der Kirche und kirchlicher Wirksamkeit. Damit hat sie der Kirche einen schlechten Dienst erwiesen und erweist ihn immer noch und immer wieder. So trägt sie jedoch auch bei zur Situation, in der sich die Kirche heute in der ČSSR befindet: einer Kirche, die auf Gedeih und Verderb einer atheistischen Kirchenverwaltung ausgeliefert ist, in ihrer Tätigkeit von dieser abhängig ist und behindert wird.

Diese Priestervereinigung ist beschämender und entwürdigender Teil-Aspekt der gegenwärtigen Situation der Kirche in der ČSSR, insofern sie selbst sich zum Werkzeug einer atheistischen Partei- und Staatsführung mißbrauchen läßt, aber sie ist auch mit einer der Ursachen dieser Situation der eigenen Kirche. Die Führung dieser Priestervereinigung hat sich dem kommunistischen Regime verkauft, sie ist Spaltpilz innerhalb der katholischen Kirche, sie schädigt das Ansehen des katholischen Klerus, sie ist ein Ärgernis für das gläubige Kirchenvolk. Im jungen Klerus findet sie nur sehr wenig Resonanz wie ein zweitägiger Hungerstreik, veranstaltet von 120 Alumnen des Priesterseminars in Preßburg im Oktober 1980, deutlich macht.

Wenn so über die Priestervereinigung geurteilt wird, dann bezieht sich dieses Urteil auf die Vordermänner in ihrer Führung, nicht auf ihre Mitglieder bzw. auf die, die sich an ihren Versammlungen beteiligen. Die meisten Geistlichen tun dies, um die Gunst des zuständigen Kirchensekretärs zu gewinnen oder zu bewahren, um sich selbst ihren Gemeinden als Seelsorger zu erhalten und vielleicht doch etwas ungestörter arbeiten zu können. Die Führung der Priestervereinigung ist jedoch ein gefügiges Werkzeug in den Händen der Kirchensekretariate zur Knebelung der Kirche.